

**Landwirtschaft neu denken
zukunftsfähige Landwirtschaft – gute Ernährung – lebenswerte Umwelt**

Beschluss Oktober 2015

Landwirtschaft ist keine Branche wie jede andere, denn sie trägt Verantwortung für die Natur. Kaum ein anderer Wirtschaftszweig ist mit einer so langen Tradition behaftet wie die Landwirtschaft und die mit ihr verbundenen Branchen, wie z. B. der Gartenbau, die Fischerei, der Weinbau und die Forstwirtschaft. In diesem Umfeld kommt es darauf an, dass die Landwirtschaft selbst, die Politik, die Wissenschaft aber auch die Agrar- und Ernährungswirtschaft, der Handel und die Verbraucherinnen und Verbraucher über ihre Einzelinteressen hinaus Verantwortung übernehmen.

Die vorrangige Aufgabe unserer Landwirtschaft ist es, qualitativ hochwertige und bezahlbare Lebens- und Futtermittel in ausreichender Menge zu erzeugen. Ergänzend spielt sie auch eine wichtige Rolle bei der Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen und Energie. Ihr Auftrag geht aber weit darüber hinaus: Sie pflegt und erhält zusammen mit der nachhaltigen und multifunktionalen Forstwirtschaft, der Fischerei- und Teichwirtschaft, dem Wein- und Gartenbau unsere wertvolle Kulturlandschaft. Ohne sie gäbe es nicht einzigartige schöne Landschaften mit Steillagenweinbau, Viehweiden und Streuobstwiesen. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in den ländlichen Räumen und ein stabiler örtlicher Auftraggeber für Handwerk und Handel sowie vielerorts auch die Grundlage des Tourismus. Zudem prägt die Landwirtschaft Kultur- und Heimatgefühl in den ländlichen Regionen. Auch das Agribusiness mit vor- und nachgelagerten Bereichen ist im ländlichen Raum angesiedelt. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft ist mit dem Wert der Urproduktion von rund zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht

ausreichend beschrieben, denn auf ihr basiert unsere starke Ernährungswirtschaft als viertgrößte Branche Deutschlands.

Nach wie vor wird unsere Landwirtschaft in Deutschland überwiegend von bäuerlichen Familienunternehmern getragen, die für den Betrieb über die Generationen hinweg in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht Verantwortung in der Region tragen.

Die deutsche Landwirtschaft ist hoch innovativ. Sie hat ihre Leistungen in den vergangenen Jahrzehnten erheblich gesteigert. Während ein Landwirt 1950 rechnerisch zehn Personen ernährte, sind es heute 144. In den letzten 20 Jahren ist die Produktivität der Landwirtschaft um fast 100 Prozent gestiegen. Niemand muss sich bei uns Sorgen um die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln machen. Mussten die Bürger vor 100 Jahren noch 50 Prozent und selbst 1975 noch 23 Prozent ihrer privaten Konsumausgaben für Nahrungsmittel (einschließlich Genussmittel) aufwenden, sind dies aktuell nur noch knapp 14 Prozent. In Deutschland haben wir heute eine nie dagewesene Fülle und Vielfalt von gesunden Lebensmitteln erreicht.

Unsere Landwirtschaft ist zunehmend eingebunden in globale Wertschöpfungsketten. Die Agrar- und Lebensmittelmärkte sind heute international, sonst hätten unsere Verbraucher nicht ganzjährig ein so vielfältiges Angebot. Kaffee, Tee, Südfrüchte gedeihen nicht in Mitteleuropa. Dagegen ist unser Standort sehr gut für den Anbau von Ackerfrüchten, wie Getreide, Mais, Kartoffeln, Raps und Zuckerrüben sowie zur Erzeugung von heimischem Obst und Gemüse, Fleisch und Milch geeignet.

Immer stärker orientiert sich die deutsche Landwirtschaft an den Bedürfnissen der Nachfragemärkte. Im Zusammenspiel mit einer leistungsfähigen Ernährungsindustrie sind unsere Agrarprodukte in Deutschland und Europa, aber auch auf den weltweiten Exportmärkten erfolgreich vertreten. Fast jeden dritten Euro verdient unsere Ernährungswirtschaft heute im europäischen Binnenmarkt und Export.

Das Interesse an landwirtschaftlichen Themen ist zwar groß, doch haben die Vertrautheit und das Wissen über einen sachgerechten Umgang mit Pflanzen und Nutztieren in der Bevölkerung stark abgenommen. Die Darstellung der Landwirtschaft entspricht in der Re-

gel nicht dem Alltag, sondern zeigt vorrangig Skandale und Missstände auf der einen und idyllische Landgeschichten auf der anderen Seite. Tierhaltung und Ackerbau aus eigener Anschauung kennen nur Wenige. Gab es vor wenigen Generationen noch vielfach unmittelbaren Kontakt zwischen Landwirten und Verbrauchern, so ist diese direkte Beziehung sehr oft einem anonymen Verhältnis gewichen. Dies ist einer der Gründe für den zunehmenden Vertrauensverlust.

Eine ähnliche Situation ist bei der Ernährung und dem Wissen über Lebensmittel festzustellen. In den Medien dominieren zu diesen Themen Sendungen mit Spitzenköchen, die das Zubereiten und professionelle Anrichten von exklusiven Gerichten mit Unterhaltung verbinden. Demgegenüber ist es aber nicht mehr selbstverständlich, dass Küche und Küchentisch der Mittelpunkt in den Familien sind. Dies hat viele Ursachen: Eine veränderte Arbeitswelt, mehr Ganztagsunterricht und damit mehr außer Haus eingenommene Mahlzeiten sind nur einige davon. Wichtiges Grundlagenwissen der Ernährung, des Kochens und des Haushaltens, das bisher ganz selbstverständlich von Generation zu Generation weiter gegeben wurde, geht zunehmend verloren.

Unsere Grundsätze

Nachhaltigkeit: Verbindung von Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Verantwortung, Umwelt- und Tierschutz

Die Orientierung am christlichen Menschenbild und die Bewahrung der Schöpfung ist für die CDU Maßstab ihres Handelns. Deshalb ist das Ziel unserer Politik eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich arbeitet, die aber gleichzeitig umweltfreundlich ist, Tier- und Naturschutz beachtet und sich weiter entwickelt. Das sehen wir als Grundsatz und Aufgabe für die konventionelle und die ökologische Wirtschaftsweise gleichermaßen.

Unterstützung für gesellschaftliche Leistungen

Die CDU will, dass die Landwirtschaft ihre unterschiedlichen Aufgaben für die Gesellschaft (Multifunktionalität) auch in Zukunft erbringt. Grundlagen dafür sind eine angemessene Entlohnung und positive Rahmenbedingungen. Nicht alle Leistungen der Landwirtschaft werden über die Marktpreise abgegolten. Daher ist weiterhin die Unterstützung der Landwirte im Rahmen einer gemeinsamen EU-Agrarpolitik über Direktzahlungen erforder-

lich. Für Einkommenseinbußen aus Bewirtschaftungseinschränkungen sind die Landwirte angemessen zu entschädigen.

Leitbild: bäuerliche Landwirtschaft

Unser Leitbild ist eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft. Wir setzen auf die bäuerliche Landwirtschaft und in den Regionen verwurzelte Familienunternehmen. Sie fühlen sich langfristig verantwortlich und gehen mit ihrem Eigentum anständig um. Erfolg und Risiko werden von ihnen mit Blick aufs Ganze abgewogen. Sie sind und bleiben das Erfolgsmodell für eine nachhaltige Landwirtschaft und eine gute Entwicklung der ländlichen Räume. Deshalb müssen Boden und Ställe in den Händen der Bauern bleiben.

Entwicklung mit Augenmaß

Die Umwelt- und Sicherheitsstandards haben in vielen Fällen ein Niveau erreicht, das häufig nur noch durch sehr hohen Aufwand zusätzlich weiter erhöht werden kann, ohne dabei einen substantiellen Zusatzeffekt auf die Sicherheit zu haben. Die CDU steht für eine Politik des Augenmaßes, die immer wieder neu die unterschiedlichen Anforderungen austariert: Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz, wirtschaftlich gute Entwicklung und befriedigende Einkommen für die in der Landwirtschaft Tätigen, Entwicklung der ländlichen Räume, gute und sichere Erzeugung bezahlbarer Nahrungsmittel sowie ein Beitrag zur Energiewende.

Die Landwirtschaft muss neue und innovative Technologien verantwortungsvoll einsetzen können, denn die Nutzung des technischen Fortschritts kann die Landwirtschaft nicht nur wirtschaftlicher, sondern – richtig eingesetzt – auch umwelt- und tierfreundlicher machen. Deshalb wird es auch weiterhin einen Strukturwandel in der Landwirtschaft geben. Dieser muss aber moderat und verträglich erfolgen, um in die regionalen Strukturen eingepasst zu bleiben.

Wochenmarkt und Weltmarkt

Regionalität und Globalität sind für uns kein Widerspruch. Die CDU will eine Landwirtschaft, die regionale Märkte ebenso bedient wie den nationalen, den EU-Binnenmarkt und den Weltmarkt. Stadt und Land sind kein Gegensatz, sondern ein tägliches Miteinander.

Entscheidend sind neben den Kosten insbesondere die Qualität und die Sicherheit unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie die hohen Standards in Ackerbau und Tierhaltung.

Die deutsche Landwirtschaft hat beste Voraussetzungen, um an der Dynamik der Weltmärkte teilzunehmen. Für die Zukunftssicherung müssen wir die Exportaktivitäten noch verstärken. Hinzuweisen ist auch auf die Entwicklung unserer Essgewohnheiten: Teilstücke wie Pfötchen, Öhrchen oder fettes Bauchfleisch vom Schwein sind nur sehr begrenzt auf dem deutschen Markt abzusetzen, im Export aber begehrte Artikel. Ihre Verwendung als Lebensmittel – und nicht als Futtermittel oder energetischer Rohstoff – ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus ethischen Gesichtspunkten vernünftig.

Internationale Verantwortung – Beitrag zur Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung

Unsere Landwirtschaft steht in internationaler Verantwortung. Da Europa über günstige Standorte für die Lebensmittelproduktion verfügt, muss es maßgeblich zur weltweiten Ernährungssicherung beitragen. Mit fruchtbaren Böden, ausreichender Wasserverfügbarkeit, guten Klimabedingungen und exzellent ausgebildeten Landwirten kann die Landwirtschaft überall dort in Europa weiterentwickelt werden, wo dies ökologisch vertretbar und ökonomisch sinnvoll ist.

Wir sind für faire Handelsbedingungen und nach wie vor für einen WTO-Abschluss, der die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigt. Aus diesem Grund haben wir auch für die Einstellung der EU-Exportsubventionen gesorgt. Gleichzeitig muss Europa über Wissenstransfers und andere Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit die lokale Erzeugung in den Entwicklungsländern unterstützen. Denn die Stärkung der lokalen Landwirtschaft in den Schwellen- und Entwicklungsländern ist für die Bekämpfung von Hunger und Armut entscheidend.

Lösungen von Problemen statt politischer Diffamierung

Die CDU steht für die Lösung von Problemen in Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Erzeugung. Das betrifft vor allen Dingen den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung, hohe Nitratwerte in einigen Regionen im Grundwasser und die routinemäßigen nicht kurativen Eingriffe an Tieren. Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft. Die Themen sind zu wichtig, um politisch instrumentalisiert zu werden. Die Land-

wirtschaft braucht zur Bewältigung der Herausforderungen keine Polemik, sondern einen unterstützenden Rahmen durch die Politik, z. B. durch Agrarumweltprogramme und die Förderung von besonders tiergerechten Haltungsverfahren.

Sie braucht darüber hinaus die Durchsetzung angemessene Preise durch Lebensmittelbranche und Gesellschaft. Handel und Verbraucher sind in der Verantwortung, denn Umwelt- und Tierschutz entscheiden sich letztlich an der Lebensmitteltheke. Besondere Erzeugungsbedingungen müssen honoriert werden. Das ist die Voraussetzung für den Erfolg von Initiativen der Wirtschaft und der Verbände, wie z. B. der Initiative Tierwohl des Deutschen Bauernverbandes oder des Tierschutzlabels des Deutschen Tierschutzbundes.

Für die Herausforderungen der Zukunft sind zusätzliche Investitionen in die Forschung nötig, um den erhöhten Anforderungen in Tierhaltung und Pflanzenbau gerecht zu werden. Auch die Wissenschaft ist gefordert, machbare und marktrelevante Vorschläge zu erarbeiten.

Wir sehen aktuell drei zentrale Handlungsfelder:

1. Umgang mit dem Boden

Boden ist die Grundlage der Landwirtschaft

Boden ist die wichtigste Grundlage für die Landwirtschaft. Er ist nicht vermehrbar und bedarf deshalb des besonderen Schutzes. Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2015 zum Jahr der Böden ausgerufen. Angesichts einer steigenden Weltbevölkerung steht immer weniger landwirtschaftliche Fläche pro Einwohner zur Verfügung. Umso größere Anstrengungen müssen unternommen werden, die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und den Bodenverbrauch für Siedlungs-, Infrastruktur- und Gewerbeflächen zu senken. Die vorhandene landwirtschaftliche Nutzfläche muss grundsätzlich der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben.

Landwirtschaftliche Flächen schützen

In Deutschland haben wir uns vorgenommen, den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag abzusenken. Derzeit werden noch Tag für Tag 70 Hektar meist land- oder forstwirtschaftliche Fläche für den Ausbau von Siedlungen, Gewerbegebieten und Ver-

kehrsstrecken verwendet. Wir halten an dem ehrgeizigen 30-Hektar-Ziel fest. Deshalb muss die Innenentwicklung von Städten und Dörfern Vorrang haben vor der Neuausweisung von Siedlungs- und Gewerbegebieten. Dafür müssen die Vorschriften des Baugesetzbuches strikt angewandt und der Vorrang der Innenentwicklung – wenn nötig – vom Grundsatz zu einer Verpflichtung weiterentwickelt werden.

Im Naturschutz fordern wir qualitätsorientierte Konzepte anstatt einfach immer mehr Flächen aus land- und forstlicher Bewirtschaftung zu nehmen oder Fanggebiete und Wasserflächen für die Fischerei und Aquakultur zu sperren. Die Pflege und Entwicklung bereits vorhandener Ausgleichs-, Natur- und Landschaftsschutzflächen aus bäuerlicher Hand muss in den Vordergrund rücken. Wir wollen zudem, dass die Entsiegelung von nicht mehr benötigten Gewerbeflächen und Verkehrsanlagen hin zu landwirtschaftlichen Nutzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen anerkannt wird. Dasselbe gilt für die ökologische Aufwertung von Flächen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes. Bei der Bebauung von landwirtschaftlich genutzten Flächen soll der Ausgleich vorrangig durch die Schaffung neuer landwirtschaftlicher Nutzfläche erfolgen oder, soweit dies nicht möglich ist, durch einen finanziellen Ausgleich.

Bodenfruchtbarkeit erhalten

Der nachhaltige Erhalt der Ertragskraft der Böden ist ein existenzielles Anliegen der Landwirtschaft. Sie muss durch die gute fachliche Praxis im Zusammenspiel mit Regelungen zur Düngung und zum Erosionsschutz gewährleistet sein.

Böden dürfen nicht überdüngt oder übernutzt werden. Die Kulturpflanzen müssen bedarfsgerecht versorgt werden, und die organische Substanz der Böden muss erhalten bleiben. Deshalb ist die Verwertung organischer Reststoffe aus der Tierhaltung, den Biogasanlagen und den Siedlungskomposten über die landwirtschaftlichen Flächen wichtig und richtig. Dabei muss aber sichergestellt sein, dass keine Schadstoffe, z. B. Cadmium und Uran, ausgebracht und angereichert werden. Wir wollen mittelfristig aus der Klärschlammasbringung aussteigen, sobald wirtschaftliche Verfahren zur Phosphatrückgewinnung entwickelt sind.

Bei der Düngung sind eine bedarfsgerechte Versorgung der Pflanzen, die Sicherung der Bodenfruchtbarkeit, der Schutz der Gewässer und des Grundwassers miteinander in Einklang zu bringen. Unser Ziel ist es, insbesondere in den gefährdeten Gebieten Einträge in das Grund- und Trinkwasser zu minimieren.

Bodeneigentum in bäuerlicher Hand sichern

Die Bodenpreise sind in Deutschland stark angestiegen. Der Durchschnittswert je Hektar der landwirtschaftlichen Nutzung hat im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2007 im Durchschnitt um 78 Prozent zugenommen; in den ostdeutschen Bundesländern gar um 154 Prozent (Endbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“, BMEL, März 2015). Eine Finanzierung der Kaufpreise für landwirtschaftlichen Boden ist allein aus der landwirtschaftlichen Produktion heraus für viele Landwirte nicht mehr möglich. Ankäufe landwirtschaftlicher Flächen werden zunehmend durch Nichtlandwirte aus unterschiedlichen Motiven getätigt.

Das Eigentum an Grund und Boden ist zu schützen. Um eine ungesunde Verteilung von Grund und Boden zu verhindern, und den Landwirten ein Vorkaufsrecht zu sichern, sind schon im vergangenen Jahrhundert das Reichssiedlungsgesetz, das Grundstücksverkehrsgesetz und das Landpachtverkehrsgesetz erlassen worden. Die bestehenden Gesetze stoßen jedoch immer mehr an ihre Grenzen. Das gilt insbesondere in den neuen Bundesländern, wo viele landwirtschaftliche Betriebe in der Rechtsform von juristischen Personen bewirtschaftet werden. Der Eigentumsübergang erfolgt hier oft nicht über den Verkauf des Bodens, sondern es werden Anteile an den Unternehmen veräußert. Bei der Übertragung von Anteilseigentum an juristischen Personen wirken die geltenden Gesetze zur Bodenverteilung nicht. Anteilskäufe unterliegen keiner grundstücksverkehrsrechtlichen Genehmigung, auch wenn faktisch erhebliches Bodenvermögen mit den Anteilen veräußert wird. Hier gibt es also eine Lücke, die die Wirkung der bestehenden Gesetze untergräbt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die dafür zuständigen Länder Anteilskäufe einer Genehmigungspflicht nach dem Grundstücksverkehrsgesetz unterwerfen, wenn entsprechender Handlungsbedarf festgestellt wird.

Unser Ziel ist die Aufrechterhaltung einer breiten Streuung des Bodeneigentums und die Zukunftssicherung unserer Landwirtschaft. Dafür wollen wir den Vorrang aktiver ortansäs-

siger Landwirte beim Kauf landwirtschaftlicher Flächen und Unternehmensanteile besser durchzusetzen. Das Grundstücks- und das Landpachtgesetz müssen konsequent und einheitlich vollzogen werden. Zur Sicherung eines funktionierenden Wettbewerbs müssen Verkäufe bei einer regional bedenklichen Eigentumskonzentration ebenso versagt werden können wie bei Preismissbrauch. Die Lebensgrundlage Boden darf nicht zum Spekulationsobjekt werden.

2. Umgang mit Tieren

Zu unserer Landwirtschaft gehören Tiere

Die Tierhaltung ist ein besonders wichtiger Teil unserer Landwirtschaft. Mehr als zwei Drittel der Betriebe halten Tiere. Viele Regionen, gerade mit viel Grünland, leben von der Tierhaltung.

Die CDU will eine Entwicklung der Tierhaltung, die die landwirtschaftliche gute Praxis mit gesellschaftlicher Akzeptanz und wirtschaftlicher Tragfähigkeit verbindet. Es gibt gesellschaftliche Wünsche und Anforderungen an die Haltung von Tieren, die über die heute geltenden Standards hinausgehen. Bei der Weiterentwicklung der Haltungsverfahren muss eine Anpassung an die Belange der Tiere und nicht eine Anpassung der Tiere an die Haltungsbedingungen erfolgen.

Weiterentwicklung der Haltungsverfahren

Für uns gilt, dass Tierschutzvergehen mit aller Härte geahndet werden müssen. Der Rechtsrahmen ist da und es kommt darauf an, dass Verstöße konsequent verfolgt und entsprechend bestraft werden. Zudem treiben wir die Entwicklung hin zu tiergerechten Haltungsverfahren mit mehr Mitteln aus dem Bundeshaushalt in diesem Bereich voran und setzen uns dafür ein, dass besonders tiergerechte Ställe eine Premiumförderung erhalten.

Keine Eingriffe an Tieren

Wir wollen schnellstmöglich die Praxis der sogenannten „nicht kurativen Eingriffe“, des Kürzens von Schnäbeln und Ringelschwänzen, des Enthornens von Kälbern und des Kastrierens von Ferkeln ohne Schmerzausschaltung sowie des Tötens männlicher Küken aus Legerassen beenden. Dies geht allerdings erst, wenn praxistaugliche Alternativen zur Verfügung stehen, denn wir wollen weder Schäden an und Schmerzen bei den Tieren in Kauf

nehmen, noch die Tierhaltung aus Deutschland vertreiben. Deshalb werden staatliche Forschungsmittel in beachtlichem Umfang eingesetzt. Wir verlangen aber auch von der Landwirtschaft, konsequent auf Lösungen hinzuarbeiten. Wir unterstützen die Initiative der Bundesregierung „Eine Frage der Haltung – Neue Wege für mehr Tierwohl“, die zunächst auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Tierhalter setzt. Wenn es zukünftig keine Fortschritte gibt, werden weitergehende Maßnahmen zu prüfen sein.

Wir setzen uns zudem für einheitliche und höhere Tierschutzstandards auf EU-Ebene ein und wollen Tierschutzstandards auch international stärker verankern.

Gesunde Tiere – Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes

Tiere sollen gesund und leistungsfähig sein. Gesundheit und Robustheit müssen bei der Tierzucht stärker berücksichtigt werden. Auch wollen wir den Medikamenten- und Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung weiter senken, um Resistenzbildungen vorzubeugen. Wir müssen verhindern, dass Antibiotika ihre Wirksamkeit gegen mikrobielle Infektionskrankheiten bei Mensch und Tier verlieren. Dafür haben wir das Arzneimittelgesetz novelliert. In der Tierhaltung wird nun jede einzelne Antibiotikagabe erfasst. Tierhalter mit erhöhtem Antibiotikaeinsatz müssen eine Reduzierungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Wir werden die Verwendung von nachweislich für Menschen besonders relevanten Wirkstoffen in der Tierhaltung einschränken und dort mit besonders strikten Auflagen versehen. Um Menschen und Tiere gleichermaßen zu schützen, bedarf es aber zusätzlich einer engen Zusammenarbeit zwischen Human- und Tiermedizin. Die Tierhaltung muss in eine One-Health-Strategie eingebettet sein. Nur gemeinsam kann es gelingen, Antibiotika-Resistenzen einzudämmen.

Sachkunden für Tierhalter

Tierwohl und Tiergesundheit hängen in allen Haltungsformen entscheidend vom guten Management und der Qualifikation der Tierhalter und deren Mitarbeiter ab. Qualifikation und Sachkunde sind Voraussetzung für die Tierhaltung. Wir werden entsprechende Sachkundenachweise unter Berücksichtigung bereits vorhandener fachlicher Aus- und Fortbildung einführen.

Fortschritt in der Tierhaltung in den Regionen unterstützen

Bäuerliche Tierhaltung muss sich weiter entwickeln können, um so neuen Standards zu entsprechen. Bauern müssen neue Ställe bauen können, denn jeder neue oder modernisierte Stall bringt in der Regel auch ein Mehr an Tierwohl mit sich. Die Regionen müssen selbst über die Entwicklung der Tierhaltung entscheiden. Voraussetzung ist die strikte Einhaltung der Umweltgrenzen. Allerdings sind in Bezug auf die Konzentration der Tierhaltung in manchen Regionen die Grenzen des Wachstums mit Blick auf mögliche Umweltauswirkungen und die Akzeptanz der Bevölkerung erreicht. Das überarbeitete Baugesetzbuch gibt den Kommunen die Möglichkeit, die gewerbliche Tierhaltung, die nicht an den Boden gebunden ist, zu steuern. Diese Steuerungsmöglichkeiten müssen vor Ort genutzt werden.

Wir werden die Entwicklung der Tierhaltung zum Bestandteil des gesellschaftlichen Dialogs über Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung machen. Unser Ziel ist eine Diskussion über Bestandsgrößen, in der die Aspekte Tierwohl, gesellschaftliche Akzeptanz und Kontrollierbarkeit einfließen.

3. Wissen über Lebensmittel und ihre Herstellung

Klare Kennzeichnung: „Was drin ist, muss drauf stehen!“

Lebensmittel müssen klar und verständlich gekennzeichnet sein. Es muss draufstehen, was drin ist und drin sein, was draufsteht, denn Transparenz ist die Voraussetzung für Vertrauen. Immer mehr Menschen interessieren sich neben den Inhaltsstoffen und dem Nährwert auch für die Herkunft der Lebensmittel und die Standards der Erzeugung. Das gilt besonders für Fleisch- und Wurstzeugnisse. Wir begrüßen die freiwilligen Initiativen und setzen uns für ein EU-Tierschutzlabel entsprechend dem EU-Biosiegel sowie für eine Herkunftskennzeichnung für Fleisch ein. Viele Verbraucher möchten zudem wissen, ob ihre Lebensmittel und ihre alltäglichen Gebrauchsgüter, wie Kleidung, oder ihre Medikamente mit Hilfe von Gentechnik hergestellt wurden oder beim Herstellungsprozess in Berührung gekommen sind. Auch hier sollte eine klare Kennzeichnung eingeführt werden.

Lebensmittel haben einen hohen Wert – Wegwerfen verhindern

Ernährung und Landwirtschaft und der Wert von Lebensmitteln müssen wieder verstärkt in das Bewusstsein der Gesellschaft gerückt werden. 11 Mio. Tonnen verwertbarer Nah-

Lebensmittel wandern Jahr für Jahr in den Müll. Das ist ethisch nicht vertretbar. Deshalb muss das Wissen über die Verwertung von Lebensmittelresten durch gute Verbraucherinformationen – gerade in Zusammenarbeit mit dem Lebensmitteleinzelhandel und den Verbraucherzentralen – ausgebaut werden. Auch wollen wir stärker über die Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums, das kein Wegwerfdatum ist, informieren. Wir setzen uns für seine Abschaffung bei dauerhaft haltbaren Lebensmitteln, wie Nudeln oder Reis, ein.

Ernährungskompetenz in den Familien stärken

Es sind nach wie vor die Familien, in denen Ernährungsvorlieben, Wissen über den Umgang mit Lebensmitteln und Bewegungsverhalten entstehen. Wir schlagen vor, mehr Ernährungs- und Bewegungsberatung für Familien anzubieten und sie zu einem festen Bestandteil der gesundheitlichen Betreuung durch Kinderärzte und Hebammen zu machen. Erfolgreiche Programme aus dem Nationalen Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und Bewegung“ sollen weitergeführt werden.

Ernährungsbildung verbindlich machen

Landwirtschaft und Ernährung sind schon heute vielfach Thema in den Kindergärten und Schulen. Sofern möglich, wird oft gemeinschaftlich gekocht. Die Anstrengungen in den Bildungseinrichtungen sind sehr positiv und werden von uns hoch geschätzt.

Die Alltagskompetenz Ernährung und das erforderliche Grundlagenwissen müssen aber noch weiter gestärkt werden. Ernährungsbildung muss verbindlich werden. Hier ist vor allem die Schulpolitik gefordert, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, z. B. durch die Überarbeitung von Bildungszielen, Rahmenvorgaben oder der Fortbildungen für Lehrkräfte. Wir brauchen Bildungsstandards, die beschreiben, welche Kompetenzen wann erworben sein müssen. Dies kann entweder über ein Schulfach Ernährungs- und Verbraucherbildung umgesetzt werden oder über die Aufnahme der Inhalte in bereits bestehende Schulfächer.

Umfassende Ernährungsbildung und Lebensmittelkunde beinhalten das Wissen über Inhaltsstoffe, Qualität, Herkunft, Verarbeitung und auch über die richtige Lagerung und Zubereitung. Dazu kommt die Kenntnis über den menschlichen Bedarf und die Bedeutung von Brennwert, Zucker, Fett, Eiweiß, Mineralstoffen und Vitaminen. So sollen alle Grund-

schulkinder die Möglichkeit haben, den sogenannten Ernährungsführerschein zu erwerben. Die entsprechenden Programme sind fortzuführen und finanziell zukunftssicher auszustatten.

Auch gilt es, die Kontakte zu Landwirten und Erzeugern zu intensivieren, um einen unmittelbaren Bezug zu Lebensmitteln herzustellen. Tage der Offenen Stalltür, Bauernmärkte, Bauernhoftage, bei denen die Schüler Pflanzenbau und Tierhaltung kennenlernen können, sind ebenso wichtig und sinnvoll wie die Einbindung von Landfrauen, Köchen, Bäckern und Fleischern in die Wissensvermittlung. Unabhängige Ernährungsexperten an Schulen und bei Schulprojekten sind herzlich willkommen.

Erfolgreiche Bildungsarbeit braucht neben gut ausgebildeten Lehrern und sinnvollen pädagogischen Konzepten auch eine vernünftige Infrastruktur. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung von Schulküchen und Schulgärten. Gerade in Ganztagschulen und der Ganztagsbetreuung darf Ernährungsbildung nicht bei der Wissensvermittlung stehen bleiben. In guter Erinnerung bleibt das Erlernte vor allem dann, wenn's beim gemeinsamen Mittagessen auch schmeckt. Die Bedeutung gemeinsamer Mahlzeiten als kulturelle Errungenschaft zu vermitteln, ist in Zeiten von Fast-Food und „to-go“-Speisen ein unverzichtbarer Bildungsinhalt, um den Wert von Lebensmitteln zu unterstreichen.

Gutes Schulessen

Insbesondere die Schüler und Kindergartenkinder, die den ganzen Tag in der Schule oder Tagesstätte sind, brauchen dort ein ausgewogenes, vollwertiges und bezahlbares Mittagessen. Häufig bestehen aber zwischen Eltern, Schülern, Schulen und Verwaltung Differenzen über Preis und Anforderungen an das Schulessen. Deshalb wollen wir länderübergreifend ein Leitbild einer gesunden, nachhaltig erzeugten und vielfältigen Kita- und Schulverpflegung erarbeiten. Dabei können wir auf die Empfehlungen zum Qualitätsstandard für die Schul- und Kita-Verpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung aufbauen. Wir unterstützen die Bundesregierung bei dem Vorhaben, ein „Nationales Qualitätszentrum für Schulessen“ einzurichten, das z. B. bundeseinheitliche Qualifizierungsmaßnahmen für Schulessen-Anbieter festlegt. Zudem sprechen wir uns dafür aus, dass die Vernetzungsstellen Schulverpflegung in den Bundesländern verlässlich weiter finanziert werden. Sie

unterstützen die Schulen beim Angebot eines ausgewogenen Schulessens durch Information, Fortbildung und Vermittlung kompetenter Fachkräfte und Beratung.

Schulobst- und Schulmilch erfreuen sich dort, wo die Programme angeboten werden, meist hoher Beliebtheit und werden von den Kindern und Eltern gut angenommen. Die beiden Programme werden auf europäischer Ebene zusammengeführt. Durch eine weitgehende Vereinfachung soll die Teilnahme der Bundesländer weiter erhöht werden.

Dialog mit der Gesellschaft

Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Konsens über die Zukunft der Land- und Ernährungswirtschaft im 21. Jahrhundert. Wir werden deshalb einen Dialog mit der Landwirtschaft und der Gesellschaft führen und Wirtschaft/Handel, Wissenschaft, Kirchen und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen. Den Bürgern wollen wir auf vielerlei Weise – sei es über Veranstaltungen vor Ort, digitale Fachkonferenzen oder über Online-Foren – die Möglichkeit geben, sich einzubringen. Dabei werden wir folgende Fragen erörtern: Legen wir auch in Zukunft Wert auf die heimische Erzeugung von Lebensmitteln? Wie stellen wir in Deutschland künftig Lebensmittel her? Sind wir bereit, höhere Preise zu zahlen, um z. B. noch höhere Tierschutzstandards zu ermöglichen? Gibt es eine Alternative zu Wachsen oder Weichen? Wie können wir auch für kleine und mittlere Betriebe Perspektiven schaffen?

Ein Ziel des Dialogs ist es, das Wissen über Landwirtschaft, Lebensmittelherstellung und Ernährung zu verbessern, ein realistisches Bild von der landwirtschaftlichen Arbeit sowie den Wert der Lebensmittel zu vermitteln. Wir wollen Zusammenhänge erläutern, Landwirte und Lebensmittelerzeuger mit den Verbrauchern zusammenbringen und die Ernährungsbildung verbessern. Die Menschen sollen wissen, woher die Nahrung kommt, wie sie erzeugt und verarbeitet wird. Unser Ziel ist, den schon viel zu lange andauernden Prozess der Entfremdung zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern umzukehren und das gegenseitige Verständnis zu fördern und wieder zu verbessern. Wir wollen, dass Lebensmittel wieder als „Mittel zum Leben“ geschätzt und im Einkaufs- und Verbrauchsverhalten entsprechend „wertgeschätzt“ werden.